

## Frankfurter Rundschau

Wahlkampf

### Türken sollen werben dürfen

Die türkische Community macht sich für den Wahlkampf in Deutschland stark.

Von Markus Decker



Als „Gespräch in konstruktiver Atmosphäre“ lobte die deutsche Seite das Treffen von Außenminister Maas (rechts) und seinem türkischen Kollegen Cavusoglu in New York. Fotograf: imago

Die Türkische Gemeinde in Deutschland lehnt das von der Bundesregierung verhängte Auftrittsverbot für türkische Politiker während des Parlaments- und Präsidentschaftswahlkampfs ab. Die Wahlen finden am 24. Juni statt. „Ich halte das Auftrittsverbot für türkische Politiker für falsch und finde die ganze Diskussion überflüssig“, sagte der Vorsitzende der Gemeinde, Gökay Sofuoğlu, der FR. „Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in einer Demokratie leben und Meinungsfreiheit das höchste Gebot ist.“ Wenn amerikanische und griechische Politiker hier reden dürften, „dann sollten es türkische Politiker auch tun dürfen“. Zur Demokratie gehöre umgekehrt, dass gegen entsprechende Kundgebungen dann auch protestiert werden könne. Sofuoğlu rechnet nach eigenen Worten aber nicht mit Spannungen. Das habe unter anderem mit dem muslimischen Fastenmonat Ramadan zu tun, der am 16. Mai beginne und eine eher besinnliche Zeit sei.

Vor dem Referendum über die Einführung einer Präsidialverfassung im vorigen Jahr, die Präsident Recep Tayyip Erdogan mehr Macht verleiht, hatte es Auseinandersetzungen über die Auftritte türkischer Politiker in Deutschland gegeben – und wüste Beschimpfungen durch diese. Daraufhin änderte die Bundesregierung die Rechtslage. Wahlkampfauftritte von Amtsträgern aus Nicht-EU-Staaten sind nun drei Monate vor Wahlen oder Abstimmungen in ihrem Land grundsätzlich verboten.

### Außenminister Cavusoglu spricht in Solingen

„Ich halte das Auftrittsverbot für türkische Politiker für falsch und finde die ganze Diskussion überflüssig.“

Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der türkischen Gemeinde in Deutschland

stimmten 700 000 tatsächlich ab. 450 000 votierten für die Präsidialverfassung und damit faktisch für Erdogan.

Das besagte Auftrittsverbot für türkische Politiker gilt, wie Außenminister Heiko Maas (SPD) betonte, ausdrücklich nicht für seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu, der am 29. Mai bei der Gedenkfeier zum 25. Jahrestags des Brandanschlags von Solingen in der Stadt eine Rede hält. Das habe mit Wahlkampf nichts zu tun, unterstrich Maas. Der Sprecher der Stadt, Lutz Peters, sagte der FR, man sei „zuversichtlich“, dass Cavusoglu den Auftritt nicht für Wahlkampfszwecke nutzen werde. Bisher seien die Gedenkveranstaltungen

Anschlag am 29. Mai 1993 starben fünf Frauen und Mädchen der Familie Genc. Vier rechtsradikale Männer wurden wegen Mordes verurteilt.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) warnte am Dienstag vor einem Missbrauch des Cavusoglu-Auftritts. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde schloss sich dem an. „Das Thema Rechtsextremismus ist zu wichtig“, sagte Sofuoglu. „Wir dürfen das nicht überschatten. Alles andere wäre auch rücksichtslos gegenüber den Opfern.“

Maas und Cavusoglu trafen sich am Rande einer Veranstaltung der Vereinten Nationen in New York. Die Begegnung dauerte eine gute halbe Stunde, die deutsche Seite nannte sie ein „gutes Gespräch in konstruktiver Atmosphäre“. Maas habe dafür geworben, „dass auf positive Signale der letzten Monate weitere konstruktive Schritte im deutsch-türkischen Verhältnis folgen“. Ungefähr zeitgleich kündigte Erdogan einen Wahlkampfauftritt in Europa an. „Im Mai werden wir wieder, so Gott will, unser erstes europäisches Treffen in einer überdachten Turnhalle in einem Land in Europa abhalten“, sagte er vor Vertretern seiner Regierungspartei AKP. Er sagte nicht, um welches Land es sich handelt.

You appear to have an AdBlocker installed which is blocking this poll.

Please retry later or [click here to retry](#).